



Abstimmung vom 10.6.2018

Das Schweizer Geldsystem bleibt, wie es ist

Abgelehnt: Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Rudolf Burger

Empfohlene Zitierweise: Burger, Rudolf (2019): Das Schweizer Geldsystem bleibt, wie es ist. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Kritik am Geldsystem gibt es, seit Geld als Tauschmittel akzeptiert wird. In die vielen Bemühungen, das Geldsystem zu reformieren, reiht sich auch die Idee des Vollgeldes ein, die unter anderem auf den Chicago-Plan aus den 1930er-Jahren zurückgeht. Nach der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise sprechen sich damals führende US-Ökonomen dafür aus, dass Banken nur noch Kredite ausgeben dürfen, die zu 100 Prozent mit Zentralbankgeld gedeckt sind.

Die Finanzkrise ab 2008 gibt dem überparteilichen Verein «Monetäre Modernisierung» den Anstoss zur Lancierung der Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)». Im Mai 2014 wird die Initiative mit 110 955 gültigen Unterschriften eingereicht. Ihr Ziel ist es, der Schweizerischen Nationalbank (SNB) das Monopol zur Schaffung von Buchgeld zu übertragen und ihr so eine direkte Steuerung der Geldmenge zu erlauben. Die Geschäftsbanken sollen nicht mehr wie bisher durch die Vergabe von Krediten eigenständig zur Geldschöpfung beitragen. Neu geschaffenes Geld soll die SNB «schuldfrei» in Umlauf bringen.

In seiner Botschaft ans Parlament vom November 2016 lehnt der Bundesrat die Vorlage ab, weil sie eine «weitgehende und unerprobte Umgestaltung des Geld- und Währungssystems sowie des Finanzsektors der Schweiz» wäre und als «nationaler Alleingang» die Schweiz nicht massgeblich vor Finanzkrisen im Ausland schützen könnte.

Im Ständerat wie im Nationalrat wollen die Mehrheiten der zuständigen Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben die Initiative ohne Gegenvorschlag ablehnen. Linksgrüne Minderheiten jedoch sprechen sich für einen Gegenvorschlag aus, der von systemrelevanten Banken eine höhere Eigenkapitalquote von mindestens 10 Prozent verlangen würde. In beiden Räten unterliegen diese Anträge. In den Schlussabstimmungen wird die Initiative vom Nationalrat mit 169 zu 9 Stimmen, vom Ständerat mit 42 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Minderheit der 9 Befürworter im Nationalrat besteht aus fünf SP-Mitgliedern sowie je zwei Vertretern der Grünen und der SVP.

GEGENSTAND

In der Bundesverfassung wird festgeschrieben, dass nur noch die Schweizerische Nationalbank (SNB) Geld schaffen darf. Die Geldschöpfung durch Geschäftsbanken via Kredite wird damit ausgeschlossen. Sie dürfen Kredite nur noch vergeben, wenn diese voll durch Spareinlagen oder Darlehen der SNB gedeckt sind. Neu geschaffenes Geld soll die SNB «schuldfrei» in Umlauf bringen, indem sie es direkt an Bund, Kantone oder die Bevölkerung verteilt.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Während die Grüne Partei Stimmfreigabe beschliesst, stellen sich alle anderen grösseren Parteien sowie auch die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften gegen die Vollgeldinitiative. Diese Übermacht der Geg-

ner, zu der sich auch die SNB selbst gesellt, beherrscht den Abstimmungskampf. Das gegnerische Lager zeichnet denn auch für rund 90 Prozent aller Inserate verantwortlich (Heidelberger/Bühlmann 2018).

Die Gegner propagieren ihr Nein mit der Parole «riskant, teuer, schädlich» und bezeichnen eine Umstellung auf ein Vollgeldsystem als «hochriskantes Experiment». Sie warnen vor Kreditengpässen und absehbarem politischem Druck auf die SNB, die Finanzierung populärer Anliegen mit der Ausschüttung zusätzlichen Geldes zu ermöglichen. Damit werde die Unabhängigkeit der SNB gefährdet und die Stabilität des Finanzsystems geschwächt statt gestärkt.

Die Befürworter, zu denen unter anderem einige profilierte Wirtschaftswissenschaftler zählen, aber kaum politische Prominenz, argumentieren vor allem mit der Stabilität des Finanz- und Wirtschaftssystems: Diese sei nur bei einer Deckung allen Geldes durch die Nationalbank auch in Krisenzeiten gesichert. Vollgeld gewährleiste zudem, dass Geldschöpfung im Interesse des Allgemeinwohls erfolge und die Gewinne daraus der Allgemeinheit zukommen.

ERGEBNIS

Die Vollgeld-Initiative wird mit einem Nein-Anteil von 75,7% deutlich verworfen. In keinem einzigen Kanton erzielt sie annähernd eine Mehrheit. Im Kanton Genf ist die Ablehnung mit 59,7% am wenigsten deutlich, überall sonst gibt es Nein-Mehrheiten von über 70%. In den Innerschweizer Kantonen Obwalden, Nidwalden und Schwyz liegen die Nein-Anteile sogar über 80%. Die Stimmbeteiligung ist mit 34,6% schwach.

In der Nachbefragung im Rahmen der Voto-Studie gaben 58% der Befragten an, es sei ihnen schwer gefallen zu verstehen, worum es bei der Vollgeld-Initiative ging. Die überwiegende Mehrheit der Gegner hielt den Wechsel zu einem Vollgeldsystem für zu riskant. Bei der Minderheit der Befürworter war das Misstrauen gegenüber den Geschäftsbanken ausschlaggebend für ihr Ja.

QUELLEN

Canetg, Fabio, Nico Dürrenmatt und Guillaume Zumofen (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)“, 2014 - 2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.4.2019.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2018). *Inseratekampagnen zum Geldspielgesetz und zur Vollgeld-Initiative. Zwischenstand vom 1.6.2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Milic, Thomas, Thomas Reiss und Daniel Kübler (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Juni 2018*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Pressebeiträge: Handelsblatt vom 16.8.2012. Neue Zürcher Zeitung vom 21.3.2018.

Abstimmungsmaterial des Vereins «Monetäre Modernisierung» sowie des Komitees «Vollgeld-Initiative Nein».

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 10.6.2018 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 16.074).

Bundesblatt: BBl 2016 8475.